



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Entscheiderbrief

Informationsschnelldienst

10/2023

Das BAMF

Inhaltsverzeichnis

Verfahren 3

Die Situation von LGBTIQ-Personen in Ostafrika 3

Länderkurzinformationen zur Ukraine und den Komoren 4

Rechtsprechung 5

VGH München / Italien:

Keine beachtliche Wahrscheinlichkeit einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung 5

OVG Bautzen / Russische Föderation:

Kein nationales Abschiebungsverbot bei gravierenden gesundheitlichen Einschränkungen 5

VG Berlin / Turkmenistan:

Keine Verfolgung von Zeugen Jehovas 6

Blick zum Nachbarn

Italien: Aus der Ukraine Geflüchtete in Europa – Verteilung und Aufnahmebedingungen 7

Neuerwerbungen der Bibliothek 9

Impressum 12



Die Situation von LGBTIQ-Personen in Ostafrika

In weiten Teilen Ostafrikas ist Homosexualität illegal¹ und es herrscht eine allgemeine anti-LGBTIQ (Lesbian, Gay, Bisexual, Trans*, Inter*, Queer²)-Haltung, die sich in den letzten Jahren deutlich verschärft hat. Die Anerkennung von Transgender-Personen ist größtenteils eingeschränkter als die von homosexuellen Menschen. So ist die rechtliche Änderung der Geschlechtskennzeichnung in Identifikationspapieren in vielen Ländern des Kontinents untersagt. Ein Großteil der LGBTIQ-Gesetze entstand während der Kolonialzeit; heute wird die homo- und transphobe Stimmung in den Gesellschaften Ostafrikas teils von fundamentalistischen religiösen Strömungen gefördert.

Themen um LGBTIQ finden aktuell immer mehr Eingang in den politischen Diskurs, viele Regierungsvertreter betrachten LGBTIQ als „westliche Erfindung“ und äußern sich öffentlich homo- oder transphob.³ Anläufe, die Gesetzgebung zu verschärfen, gab es in der Vergangenheit viele. Im Mai dieses Jahres setzte Uganda diese Verschärfung mit der Verabschiedung des „Anti-Homosexuality Act“ in die Praxis um. Das Gesetz verbietet jegliche Form gleichgeschlechtlicher Beziehungen sowie die Unterstützung oder Anerkennung gleichgeschlechtlicher Beziehungen und sieht hohe Haftstrafen vor. In bestimmten Fällen der „schweren Homosexualität“ („aggravated homosexuality“) sieht das Gesetz die Todesstrafe vor.⁴ Die „Begünstigung von Homosexualität“ („promotion of homosexuality“), die eine bis zu 20-jährige Haftstrafe nach sich ziehen kann, betrifft u. a. die wissentliche finanzielle Unterstützung von Homosexualität, die wissentliche Zurverfügungstellung

von Räumlichkeiten (z. B. Mietwohnungen), in denen homosexuelle Handlungen durchgeführt werden, oder das Betreiben einer Organisation, die Homosexualität begünstigt.⁵ Die Verabschiedung des Gesetzes wurde von zahlreichen Menschenrechtsorganisationen und Regierungen kritisiert. Ende Mai 2023 reichten Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten sowie Parlamentsmitglieder eine Petition beim ugandischen Verfassungsgericht ein, um das Gesetz annullieren zu lassen.⁶ Die World Bank kündigte an, die Unterstützung für zukünftige Projekte und Kredite aufgrund der Implementierung des Acts auszusetzen.⁷ LGBTIQ-Personen in Uganda berichten vermehrt davon, ihre Mietobjekte nach Aufforderung räumen zu müssen, in der Nachbarschaft angefeindet oder im Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen benachteiligt zu werden. Beobachtende sehen ebenfalls eine Gefahr für die Arbeit von Menschenrechtsorganisationen bzw. -personal.⁸ Gesundheitsorganisationen warnen davor, dass die zunehmende Stigmatisierung und Diskriminierung von LGBTIQ-Personen zu Einschränkungen im Zugang zu Präventions- und Behandlungsdiensten geführt hätten. Betroffene würden Anzeigen und Verurteilungen riskieren, wenn sie bestimmte gesundheitsbezogene Dienste (z. B. Beschaffung von Verhütungsmitteln, Behandlung von sexuell übertragbaren Krankheiten, etc.) in Anspruch nehmen wollen. Medizinisches Personal äußerte sich bereits besorgt über ausbleibende Patientinnen und Patienten in HIV/AIDS-Behandlungszentren und einen möglicherweise bevorstehenden Anstieg von HIV-Infektionen.⁹

Kenia richtet sich stark nach der Gesetzgebung seines Nachbarn und stellte im April 2023 einen neuen Gesetzentwurf – die „Family Protection Bill“ – vor, der sich derzeit zur Prüfung im parlamentarischen Ausschuss befindet. Gleichgeschlechtlicher

1 In sämtlichen Ländern des östlichen Afrikas, darunter Sudan, Südsudan, Eritrea, Äthiopien, Somalia, Uganda, Kenia, Tansania, Sambia, Burundi und Malawi werden gleichgeschlechtliche Beziehungen kriminalisiert. Lediglich in Djibouti, Ruanda, Madagaskar und Mosambik existieren keine Strafen. Ferragamo, Mariel; Robinson, Kali: Where African countries stand in their struggle toward more inclusive LGBTQ+ laws, in: PBS News Hour, 18.06.2023, <https://www.pbs.org/newshour/world/where-african-countries-stand-in-their-struggle-toward-more-inclusive-lgbtq-laws>, abgerufen am 02.10.2023.

2 In der aktuellen Berichterstattung wird LGBTIQ häufig mit Homosexualität gleichgesetzt. In der Praxis gilt, dass die Kategorien differenziert betrachtet werden sollten, da Begriffe wie LGBTIQ neben der sexuellen Orientierung u. a. auch die geschlechtliche Identität umfassen und homo-, bi-, trans-, intersexuelle sowie queere Menschen einbeziehen. „Broadly speaking, these acronyms group together individuals who have a non-normative gender identity or sexuality.“ European Institute for Gender Equality: LGBTQ, 2016, https://eige.europa.eu/publications-resources/thesaurus/terms/1461?language_content_entity=en, abgerufen am 02.10.2023.

3 Queer.de: Tansania: Regierungs-Politikerin fordert Kastration homosexueller Menschen, 19.03.2023, https://www.queer.de/detail.php?article_id=45004, abgerufen am 02.10.2023.

4 The Republic of Uganda: The Anti-Homosexuality Act, 2023, 26.05.2023, <https://www.parliament.go.ug/sites/default/files/The%20Anti-Homosexuality%20Act%2C%202023.pdf>, abgerufen am 02.10.2023; Okiror, Samuel: Uganda's parliament passes mostly unchanged anti-LGBTQ bill, 02.05.2023, in: The Guardian, <https://www.theguardian.com/world/2023/may/02/uganda-parliament-passes-anti-lgbtq-bill>, abgerufen am 02.10.2023; Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF): Länderreport 30. Uganda. Die Situation von LGBT-Personen, Oktober 2020, https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Behoerde/Informationszentrum/Laenderreporte/2020/laenderreport-30-uganda.pdf?__blob=publicationFile&v=3, abgerufen am 02.10.2023, S. 2.

5 The Republic of Uganda: The Anti-Homosexuality Act, 2023, 26.05.2023, <https://www.parliament.go.ug/sites/default/files/The%20Anti-Homosexuality%20Act%2C%202023.pdf>, abgerufen am 02.10.2023.

6 Muhumuza, Rodney: Uganda Has Signed Into Law the World's Harsh Anti-LGBTQ Bill. Here's What to Know, in: Time, 30.05.2023, <https://time.com/6283377/uganda-anti-lgbtq-law/>, abgerufen am 02.10.2023; Kemigisa, Jackline: Why I've joined the court challenge against Uganda's anti-gay law, in: Open Democracy, 02.06.2023, <https://www.opendemocracy.net/en/5050/uganda-anti-homosexuality-act-2023-petition-constitutional-court/>, abgerufen am 02.10.2023.

7 The World Bank: World Bank Group Statement on Uganda, 08.08.2023, <https://www.worldbank.org/en/news/statement/2023/08/08/world-bank-group-statement-on-uganda>, abgerufen am 02.10.2023.

8 McGinley, Terence: A Crackdown on Gay Rights Is Codified, in: The New York Times, 07.06.2023, <https://www.nytimes.com/2023/06/07/insider/a-crackdown-on-gay-rights-is-codified.html>, abgerufen am 02.10.2023; Schneider, Ronja: LGBT in Uganda: „Wir werden nicht verschwinden“, in: evangelisch.de, 21.06.2023, <https://www.evangelisch.de/inhalte/217681/21-06-2023/kirche-hetzt-gegen-queere-lgbt-uganda-wir-werden-nicht-verschwinden>, abgerufen am 02.10.2023.

9 Singh, Tanupriya: LGBTQ+ Ugandans face deadly threat as „Anti-Homosexuality Act“ signed into law, in: Peoples Dispatch, 05.06.2023, <https://peoplesdispatch.org/2023/06/05/lgbtq-ugandans-face-deadly-threat-as-anti-homosexuality-act-signed-into-law/>, abgerufen am 02.10.2023; Reuters: HIV alarm in Uganda as anti-gay law forces LGBT 'lockdown', 08.06.2023, <https://www.reuters.com/world/africa/hiv-alarm-uganda-anti-gay-law-forces-lgbt-lockdown-2023-06-08/>, abgerufen am 02.10.2023; Africa News: Effects of Ugandan Anti-LGBT law: Emptying HIV clinics, 12.06.2023, <https://www.africanews.com/2023/06/12/effects-of-ugandan-anti-lgbt-law-emptying-hiv-clinics/>, abgerufen am 02.10.2023.

Geschlechtsverkehr solle demnach mit bis zu zehn Jahren Haft und sogenannte „schwerwiegende Homosexualität“ mit dem Tod bestraft werden. Der Gesetzentwurf kriminalisiert ebenfalls Unterstützungsformen von LGBTIQ und Cross Dressing¹⁰. Aktuelle Berichte zufolge stehe im Parlament die Verhängung einer 50-jährigen Haftstrafe bei nicht-einvernehmlichem gleichgeschlechtlichen Geschlechtsverkehr zur Debatte. Das aktuelle Gesetz aus den 1930er Jahren verbietet bereits gleichgeschlechtliche Handlungen explizit in Bezug auf Männer und sieht Haftstrafen zwischen fünf und 14 Jahren vor.¹¹

Ähnliche Gesetzesinitiativen sind in Tansania und Südsudan zu beobachten. In Tansania wurde eine Verschärfung des aktuellen Gesetzes angekündigt. Bisher existiert zwar kein explizites Verbot von Homosexualität, das Strafgesetzbuch sieht jedoch u. a. für „Geschlechtsverkehr wider die Natur“ eine Freiheitsstrafe von bis zu 30 Jahren oder lebenslange Strafe vor.¹² Ähnliches gilt in Südsudan, wo eine zehnjährige Haftstrafe vorgesehen ist und es männlich gelesenen Personen¹³ untersagt ist, sich in der Öffentlichkeit feminin zu kleiden.¹⁴ Aktuell soll es einen Gesetzentwurf geben, der sich an dem ugandischen orientiert.¹⁵ Sudan hat im Jahr 2020 die Todesstrafe für Personen, die zum dritten Mal des gleichgeschlechtlichen Geschlechtsverkehrs beschuldigt wurden, abgeschafft und in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt.¹⁶ In Somalia, Äthiopien und Eritrea wird Homosexualität tabuisiert und es existieren kaum Quellen zum Umgang mit LGBTIQ-Personen. Während das somalische Strafgesetzbuch mehrmonatige bis mehrjährige

Haftstrafen für homosexuelle Handlungen vorgibt, sieht al-Shabaab in den von ihr kontrollierten Gebieten die Todesstrafe vor. Berichten zufolge sei zuletzt 2018 ein Mann aufgrund von Homosexualitätsvorwürfen durch al-Shabaab hingerichtet worden.¹⁷ Auch in Äthiopien ist Homosexualität illegal und kann mit bis zu 15 Jahren Haft bestraft werden. LGBTIQ-Personen, deren sexuelle Orientierung bekannt ist, werden häufig Opfer von körperlicher Gewalt sowie von gesellschaftlicher und familiärer Ausgrenzung. Im August 2023 kam es zu einer Razzia in einem Hotel, in dem homosexuelle Handlungen unterstützt worden sein sollen. Weitere Durchsuchungen wurden angekündigt und die Bevölkerung dazu aufgerufen, Hinweise der Polizei zu melden.¹⁸

Die zunehmende anti-LGBTIQ-Haltung und die damit einhergehende Verschärfung der Gesetzgebung schränken die Rechte und den Schutz von Betroffenen in vielen Teilen Ostafrikas drastisch ein.

Länderanalysen

Länderkurzinformationen zur Ukraine und den Komoren

Die Länderanalyse des Bundesamts hat in einer aktuellen Kurzinformation zur Ukraine Erkenntnisse zur Sicherheitslage in allen Verwaltungsgebieten („Oblasten“) sowie zu landesweiten zivilen Kriegsoptionen zusammengetragen. Darüber hinaus bietet die Länderkurzinformation Erkenntnisse über die Anzahl und Dauer von Luftalarmen und registrierten Explosionen auf Ebene der einzelnen Oblaste.

In einer weiteren Länderkurzinformation zu den Komoren geht es zunächst um die Quellenlage zum Inselstaat. Ferner wird allgemein über die politische Lage sowie zu Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit sowie Festnahmen und Untersuchungshaft berichtet.

Die Kurzinformationen zur [Ukraine](#) und den [Komoren](#) sind öffentlich und können auf MILO eingesehen werden.

Länderanalysen

10 Cross Dressing bezeichnet das Tragen von spezifischer Kleidung des anderen Geschlechts. Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): LSBTIQ-Lexikon: Cross Dressing / Cross Dresser, 2018, <https://www.bpb.de/themen/gender-diversitaet/geschlechtliche-vielfalt-trans/500911/cross-dressing-cross-dresser/>, abgerufen am 02.10.2023.

11 Pink News: Kenya plots vile anti-homosexuality law to 'kick LGBT people out of the country completely', 23.06.2023, <https://www.thepinknews.com/2023/06/23/kenya-tanzania-south-sudan-anti-homosexuality-laws-uganda/>, abgerufen am 02.10.2023; Africa News: Kenya's anti-gay bill proposes 50-year jail term, 21.09.2023, <https://www.africanews.com/2023/09/20/kenyas-anti-gay-bill-proposes-50-year-jail-term/>, abgerufen am 02.10.2023.

12 Ebd.; Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF): Länderreport 45. Tansania. Allgemeine Situation und Menschenrechtslage, November 2021, https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Behoerde/Informationszentrum/Laenderberichte/2021/laenderreport-45-Tansania.pdf?__blob=publicationFile&v=2, abgerufen am 02.10.2023, S. 22-24.

13 „Das gelesene Geschlecht ist das Geschlecht, dass [sic!] andere Personen einem Menschen auf Grund seines Aussehens und seines Verhaltens zuschreiben. So kann sich ein Mensch zwar als Frau identifizieren, jedoch von anderen Personen als Mann wahrgenommen bzw. gelesen werden. Das gelesene Geschlecht liegt also im Auge der Betrachtenden. Das Geschlecht, das gelesen wird, muss nicht mit der Geschlechtsidentität der gelesenen Person übereinstimmen.“ Gleichstellung Unterfranken: Was ist Sexismus? ohne Datum, <https://www.gleichstellung-unterfranken.de/postkarten-gegen-sexismus/was-ist-sexismus>, abgerufen am 23.10.2023.

14 Human Rights Watch: #Outlawed "The Love that dare not speak its Name", ohne Datum, https://features.hrw.org/features/features/lgbt_laws/, abgerufen am 02.10.2023.

15 NBC News: Kenya could follow Uganda as East African nations wage war on LGBTQ rights, 23.06.2023, <https://www.nbcnews.com/nbc-out/out-news/kenya-follow-uganda-east-african-nations-wage-war-lgbtq-rights-rcna90786>, abgerufen am 02.10.2023.

16 Human Rights Watch: #Outlawed "The Love that dare not speak its Name", ohne Datum, https://features.hrw.org/features/features/lgbt_laws/, abgerufen am 02.10.2023.

17 European Asylum Support Office (EASO): Somalia. Targeted profiles, September 2021, https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/2021_09_EASO_COI_Report_Somalia_Targeted_profiles.pdf, abgerufen am 02.10.2023, S. 105; Norwegian Country of Origin Information Centre (Landinfo): Query response. Somalia: Situation for homosexuals, 16.06.2021, <https://landinfo.no/wp-content/uploads/2021/08/Query-response-Somalia-Situation-for-homosexuals-16062021-1.pdf>, abgerufen am 02.10.2023.

18 Human Rights Watch: #Outlawed "The Love that dare not speak its Name", ohne Datum, https://features.hrw.org/features/features/lgbt_laws/, abgerufen am 02.10.2023; Reuters: Ethiopia cracks down gay sex hotels and other venues, 10.08.2023, <https://www.reuters.com/world/africa/ethiopia-cracks-down-gay-sex-hotels-other-venues-2023-08-10/>, abgerufen am 02.10.2023.

VGH München / Italien: Keine beachtliche Wahr- scheinlichkeit einer un- menschlichen oder erniedri- genden Behandlung

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof bestätigt mit seinem Urteil vom 3. August 2023 (Az. 24 B 22.30821) die Unzulässigkeitsentscheidung des Bundesamtes gemäß § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG. Geklagt hatte ein somalischer Staatsangehöriger, der Italien als unbegleiteter Minderjähriger erreicht hatte und dem dort der subsidiäre Schutzstatus zuerkannt worden war.¹⁹

Der Anwendung von § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG stehe das Europäische Übereinkommen über den Übergang der Verantwortung für Flüchtlinge vom 16. Oktober 1980 nicht entgegen, so der Senat. Der Anwendungsbereich des Übereinkommens beschränke sich schon dem Wortlaut nach auf Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention²⁰ und finde daher für den Kläger als subsidiär Schutzberechtigten keine Anwendung. Eine Erstreckung des Übereinkommens auf subsidiär Schutzberechtigte sei auch nicht unionsrechtlich veranlasst, da es nicht Teil des Sekundärunionsrechts, sondern ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen Staaten sei, dem der Rang eines einfachen Bundesgesetzes zukomme.

Der Bescheid sei auch nicht deshalb rechtswidrig, weil die italienischen Behörden nach Angaben des Klägers seine damalige Minderjährigkeit übergangen und infolgedessen die besonderen Garantien nach der Asylverfahrensrichtlinie (vgl. Art. 25) nicht beachtet haben sollen. Art. 33 Abs. 2 Verfahrensrichtlinie zähle abschließend die Konstellationen auf, in denen die Mitgliedstaaten einen Antrag auf internationalen Schutz als unzulässig betrachten dürfen. Es bestehe kein Grund, die durch Art. 33 Abs. 2 Buchst. a der Asylverfahrensrichtlinie bewirkte und gewollte Lockerung der andernfalls bestehenden Pflicht, Anträge auf Gewährung internationalen Schutzes inhaltlich zu prüfen, für den Fall der Minderjährigkeit eines Antragstellers generell zurückzunehmen und die Mitgliedstaaten für verpflichtet zu halten, zu prüfen, ob im jeweiligen asylrechtlichen Verfahren in Italien die besonderen Garantien für Minderjährige eingehalten worden sind. Zudem sei keine beachtliche Wahrscheinlichkeit einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung bei Rückkehr nach Italien zu befürchten.

¹⁹ Vgl. VGH München, Urteil vom 03.08.2023 – 24 B 22.30821, in: https://milo.bamf.de/OTCS/cs.exe/fetchcsui/-29009550/VGH_M%C3%BCnchen%2C_vom_03.08.2023%2C_24_B_22.30821%2C_Urteil.pdf?nodeid=29009773&vernum=-2, abgerufen am 27.10.2023.

²⁰ Vgl. Art. 1 Buchst. a des Übereinkommens über den Übergang der Verantwortung für Flüchtlinge.

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat die Revision nach Maßgabe des § 78 Abs. 8 Satz 1 AsylG zugelassen. In seiner Beurteilung der allgemeinen abschiebungsrelevanten Lage in Italien weicht der Senat von der durch das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen²¹ ab. Ferner wurde die Revision nach § 132 Abs. 2 Nr. 1 VwGO zugelassen, weil die Frage, ob eine Missachtung von dem Minderjährigenschutz dienenden Vorschriften des Unionsrechts bei einer Unzulässigkeitsentscheidung durch das Bundesamt zu ermitteln ist und gegebenenfalls einer Entscheidung nach § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG entgegensteht, grundsätzliche Bedeutung aufweist. Das Urteil folgt der Entscheidungspraxis des Bundesamtes.

*Grundsatzangelegenheiten der Prozessführung,
Revisionsverfahren*

OVG Bautzen / Russische Föderation: Kein nationales Abschiebungsverbot bei gra- vierenden gesundheitlichen Einschränkungen

Das sächsische Oberverwaltungsgericht in Bautzen hat mit seinem Urteil vom 2. August 2023 entschieden, dass auch bei gravierenden gesundheitlichen Einschränkungen kein nationales Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 5 und Abs. 7 AufenthG in die Russische Föderation vorliegt. Geklagt hatte ein russischer Staatsangehöriger tschetschenischer Volkszugehörigkeit, der aufgrund einer Schwerbehinderung dauerhaft arbeitsunfähig ist.

Das sächsische Oberverwaltungsgericht stellte fest, dass der Kläger an einer rezidivierenden depressiven Störung mit mittelgradiger bis schwerer Episode ohne psychotische Symptome leide, die sich als solche voraussichtlich nicht retraumatisierungsbedingt bei Abschiebung in die Russische Föderation verschlechtern werde. Es sei auch nicht anzunehmen, dass es sich bei dieser psychischen Krankheit um eine schwerwiegende oder lebensbedrohliche Erkrankung handele, die sich durch die Abschiebung infolge fehlenden Zugangs zu ausreichender medizinischer Versorgung wesentlich verschlechtern würde. Insofern sei zu berücksichtigen, dass der Kläger sich auch in der Bundesrepublik dazu bislang nicht in engmaschiger Behandlung befinde, sondern sich seit 2021 offenbar nur jährlich stationär behandeln lasse. Die stationäre Behandlung psychischer Erkrankungen sei in Tschetschenien jedenfalls in zwei Kliniken möglich und für den Kläger auch zumutbar sowie im Rahmen

²¹ Vgl. OVG Münster, Urteil vom 20.07.2021 – 11 A 1674/20.A – juris.

der obligatorischen Pflichtversicherung kostenlos zugänglich. Auch die notwendigen Medikamente seien in der Russischen Föderation zu geringen Preisen erhältlich.

Außerdem geht das Oberverwaltungsgericht aufgrund der vorgelegten Atteste von einer schwergradigen obstruktiven Lungenerkrankung bei Nikotinabusus (COPD) aus, welche ebenso in Tschetschenien beziehungsweise der Russischen Föderation behandelbar sei und von der obligatorischen Krankenversicherung abgedeckt werde. Bei dem darüber hinaus diagnostizierten Zustand nach der kurativen Bestrahlung eines Bronchialkarzinoms im rechten Oberlappen im Jahr 2018 mit chronischem Schmerzsyndrom infolge Vernarbung werde in absehbarer Zeit ohne Anhalt für ein Rezidiv keine spezielle Strahlen- oder Sauerstofftherapie, sondern nachhaltige Nikotinabstinenz und, auch in der Russischen Föderation erhältliche, schmerz- und atmungserleichternde Medikamente benötigt.

Eine vom Kläger mittels verschiedener ärztlicher Atteste behauptete posttraumatische Belastungsstörung lag zur Überzeugung des Gerichts dagegen nicht vor. Zum einen stellten die Atteste hinsichtlich der Posttraumatischen Belastungsstörung teilweise lediglich Verdachtsdiagnosen, zum anderen hielt das Gericht das traumaauslösende Ereignis, nämlich eine Blutracheankündigung, bereits für nicht glaubhaft. Soweit daneben Kriegserlebnisse als traumaauslösende Ereignisse zugrunde gelegt werden, stellt das Oberverwaltungsgericht fest, dass der Kläger deswegen schon nicht in der Russischen Föderation in Behandlung gewesen sei und sie auch niemals der angegebene Grund für die Ausreise gewesen seien.²² Das Urteil folgt der Entscheidungspraxis des Bundesamtes.

*Grundsatzangelegenheiten der Prozessführung,
Revisionsverfahren*

VG Berlin / Turkmenistan: Keine Verfolgung von Zeugen Jehovas

Mit Urteil vom 25. August 2023 (Az. VG 33 K 242.19 A) entschied das Verwaltungsgericht (VG) Berlin, dass eine pauschale Verfolgung von Zeugen Jehovas in Turkmenistan nicht vorliegt. Asylbegründend trug die Klägerin im Wesentlichen vor, dass sie bereits als Schülerin ihre Mutter zu Versammlungen der Zeugen Jehovas begleitet habe. Ihre Familie habe aufgrund der Religionszugehörigkeit immer wieder Probleme mit den Behörden gehabt. So seien sämtliche Verwandte aus ihren Arbeitsverhältnissen entlassen und

²² Vgl. OVG Bautzen, Urteil vom 2.8.23 - 6 A 9/18.A, in: https://milo.bamf.de/OTCS/cs.exe/fetchcsui/-28978559/OVG_Bautzen%2C_vom_02.08.2023%2C_6_A_9_18.A%2C_Urteil.pdf?nodeid=28978560&ver-num=-2, abgerufen am 09.10.2023.

regelmäßig zu Gesprächen bei der Polizei vorgeladen worden. Die Klägerin verließ Turkmenistan 2009 und nahm ein Studium in der Russischen Föderation auf. Dort sei sie 2014 getauft worden. Aufgrund der Verfolgung der Zeugen Jehovas habe sie die Russische Föderation schließlich verlassen. Auch bei einer Rückkehr nach Turkmenistan befürchte sie Repressalien. So sei sie bei einem Besuch im Jahr 2019 in Turkmenistan von der Polizei befragt worden. Die Polizisten hätten die Wohnung der Großeltern der Klägerin durchsucht und nach der Mutter der Klägerin gefragt.

Das VG glaubte der Klägerin zunächst, dass sie ein aktives Mitglied der Religionsgemeinschaft der Zeugen Jehovas sei. Auch seien Zeugen Jehovas, für die die öffentlich wahrnehmbare Glaubensausübung zentrales Element ihrer religiösen Identität ist, in der Russischen Föderation Verfolgung ausgesetzt. Allerdings ist das VG nicht davon überzeugt, dass der Klägerin auch in Turkmenistan, wohin ihr die Abschiebung angedroht wurde, eine relevante Verfolgung wegen ihrer Religion drohe.

Zunächst stellte das Gericht fest, dass die Klägerin unverfolgt ausgereist sei. Sie habe keine individuelle, sie selbst betreffende Verfolgung nach § 3 Abs. 1 AsylG vor ihrer Ausreise 2009 dargetan. Auch aus einer etwaigen Verfolgung der Mutter lasse sich keine individuelle Verfolgung vor ihrer Ausreise 2009 ableiten. Nichts anderes ergebe sich auch aus den von der Klägerin geschilderten Geschehnissen im Zusammenhang mit einer kurzen besuchsweisen Rückkehr nach Turkmenistan. So habe sie angegeben, dass sie bei der Ein- und Ausreise mehrfach kontrolliert und auch zur Polizeiwache geladen worden sei. Weiteres sei jedoch nicht passiert. Aus den geschilderten Ereignissen ergeben sich keine ausreichenden Anhaltspunkte für die Annahme, dass die Klägerin von staatlicher Seite wegen ihrer Religion an Leib, Leben oder Freiheit verletzt, strafrechtlich verfolgt oder einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung oder Bestrafung unterworfen worden wäre oder dass dies unmittelbar bevorstanden hätte.

Zwar gehöre Turkmenistan zu den Staaten, in denen die Religionsfreiheit stark eingeschränkt sei, im entscheidungserheblichen Zeitpunkt liege jedoch nach Erkenntnissen des Gerichts nicht die Annahme einer erheblichen Eingriffsintensität und Häufigkeit von Verfolgungshandlungen gegenüber Zeugen Jehovas in Turkmenistan vor. Im Rahmen von Missionierungstätigkeiten wurden im März 2020 zwei Zeugen Jehovas festgenommen, auf eine Polizeiwache gebracht und verhört, jedoch wieder freigelassen. Seitdem lägen keine neuen Erkenntnisse über Festnahmen im Zusammenhang mit Missionierungstätigkeiten vor. Am 8. Mai 2021 entließ der damalige turkmenische Präsident alle bis dahin noch inhaftierten Zeugen Jehovas. Bei den betroffenen 16 Personen handelte es sich ausnahmslos um wegen Wehrdienstverweigerung

verurteilte männliche Anhänger der Zeugen Jehovas. Erkenntnisse über seitdem erfolgte Inhaftierungen von Mitgliedern der Zeugen Jehovas lägen dem Gericht ebenfalls nicht vor. Polizeirazzien bei privaten Versammlungen der Zeugen Jehovas seien seit einigen Jahren nicht mehr durchgeführt worden und auch aktuelle Fälle von Repressionen im Zusammenhang mit privaten Zusammenkünften seien nicht bekannt. Auf Grundlage dieser Erkenntnisse zum Umgang des turkmenischen Staates mit Anhängern der Religionsgemeinschaft der Zeugen Jehovas und unter Berücksichtigung der individuellen Situation der Klägerin zum entscheidungserheblichen Zeitpunkt sei daher nicht anzunehmen, dass sie bei einer Rückkehr erstmalig mit gravierenden Verfolgungsmaßnahmen zu rechnen hätte. Den Antrag auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft sowie des subsidiären Schutzes hat das Gericht daher abgelehnt und stellte auch fest, dass keine Abschiebungsverbote gem. § 60 Abs. 5 oder Abs. 7 AufenthG vorliegen.²³

Rechtsdokumentation

Blick zum Nachbarn - Italien: Aus der Ukraine Geflüchtete in Europa – Verteilung und Aufnahmebedingungen

Nach über 1,5 Jahren seit Beginn des russischen Angriffskrieges ist immer noch kein Ende der Gewalt und den damit verbundenen Fluchtbewegungen in Sicht. Der UNHCR berichtete zuletzt von geschätzten 5 Mio. Binnenvertriebenen sowie 6,2 Mio. aus der Ukraine Geflüchteten, wovon sich ein Großteil (ca. 5,8 Mio.) in Europa aufhalte. Nach wie vor zählen Deutschland mit 1.100.720, Polen mit 959.875 und Tschechien mit 361.385 zu den Hauptzielländern von Geflüchteten aus der Ukraine. Aber auch die südlichen Länder, insbesondere Spanien und Italien, haben viele Flüchtlinge aufgenommen: Spanien 190.380 und Italien 167.525.²⁴ Letzteres ist bekannt für seine restriktive Einwanderungspolitik, die bereits im Jahr 2018 unter dem damaligen Innenminister Matteo Salvini seinen Anfang fand und sich unter der seit einem Jahr im Amt befindlichen Regierung weiter fortsetzt. Wie wurden die Geflüchteten aus der Ukraine in diesem Land aufgenommen? Welche rechtlichen Regelungen, sozialen und finanziellen Leistungen sowie Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe sieht Italien für die Geflüchteten vor und wie sieht es in der Praxis aus?

²³ Vgl. VG Berlin, Urteil vom 25.08.2023 - VG 33 K 242.19 A, in: https://milo.bamf.de/OTCS/cs.exe/fetchcsui/-28970632/VG_Berlin%2C_vom_25.08.2023%2C_VG_33_K_242.19_A%2C_Urteil.pdf?no-deid=28970290&vernum=-2, abgerufen am 09.10.2023.

²⁴ Vgl. <https://data.unhcr.org/en/situations/ukraine>, abgerufen am 15.10.2023.

Die italienische Regierung erklärte am 28. Februar 2022 zunächst den Ausnahmezustand bis 31. Dezember 2022, um sich auf die bevorstehende Einwanderungswelle aus der Ukraine vorbereiten zu können.²⁵ Dies erfolgte nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund, dass die ukrainische Community in Italien nach Tschechien, Deutschland und Spanien zur viertgrößten Europas zählt (230.373 zum 01.06.2023).²⁶ Am 6. März 2022 wurde dem Leiter der Abteilung Zivilschutz beim Ministerium für Zivilschutz und Meerespolitik, Fabrizio Curcio, die Koordinierung der Aufnahme und Verteilung der Flüchtlinge aus der Ukraine übertragen.²⁷ Schließlich setzte Italien die EU-Richtlinie mit Erlass des Präsidenten des Ministerrates über „Temporäre Schutzmaßnahmen für Menschen aus der Ukraine als Ergebnis der weitergehenden Kriegseignisse (Misure di protezione temporanea per le persone provenienti dall'Ucraina in conseguenza degli eventi bellici in corso)“ vom 28. März 2022 in nationales Recht um.²⁸ Dem Erlass folgten weitere Verordnungen durch den Leiter der Abteilung Zivilschutz, um die Aufnahmemodalitäten weiter zu präzisieren.

Ab dem 11. März 2022 nahmen die Einwanderungsbüros der örtlichen Polizeidienststellen (Questura) Anträge auf vorübergehenden Schutz von ukrainischen Flüchtlingen entgegen und erteilten entsprechende Aufenthaltserlaubnisse. Die „Prot. Temporanea Emerg. Ucraina“ war zunächst für ein Jahr – vom 4. März 2022 bis zum 4. März 2023 – gültig und wurde nach diesem Datum bis zum 31. Dezember 2023 verlängert.²⁹ Eine weitere Verlängerung über das Jahr 2023 hinaus ist nach der Entscheidung der EU-Mitgliedstaaten vom 28. September 2023 absehbar.³⁰

Die Regelungen und praktischen Umsetzungen der Aufnahme von aus der Ukraine Geflüchteten in Italien im Detail:

Informationen für aus der Ukraine Geflüchtete

Die Abteilung Zivilschutz beim Ministerium für Zivilschutz und Meerespolitik lancierte eine Website mit den wesentlichen Informationen zum Aufenthalt und der Unterbringung für aus der Ukraine Geflüchtete.³¹ Darüber hinaus wurden an den Grenzen von März bis Dezember 2022 „Notfallkontrollpunkte“

²⁵ Vgl. <https://www.protezionecivile.gov.it/it/normativa/delibera-cdm-del-28-febbraio-2022-emergenza-ucraina-0/>, abgerufen am 15.10.2023.

²⁶ Vgl. Ministero del lavoro e delle politiche sociali (2022): La comunità ucraina in Italia, S. 5; <https://www.integrazionemigranti.gov.it/AnteprimaPDF.aspx?id=5820>, abgerufen am 15.10.2023.

²⁷ Vgl. <https://www.protezionecivile.gov.it/en/normativa/ocdpc-n873-del-6-marzo-2022-ulteriori-disposizioni-urgenti-di-protezione-civile-assicurare-sul-territorio-nazionale-laccoglienza-il-soccorso-e/>, abgerufen am 15.10.2023.

²⁸ Vgl. <https://www.gazzettaufficiale.it/eli/id/2022/04/15/22A02488/sg>, abgerufen am 16.10.2023.

²⁹ Vgl. https://drive.google.com/file/d/1f_U1W0MCAqWL5RGUULBeHEH-qZyqLDAa/view, abgerufen am 15.10.2023.

³⁰ Vgl. <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/09/28/ukrainian-refugees-eu-member-states-agree-to-extend-temporary-protection/>, abgerufen am 16.10.2023.

³¹ Vgl. <https://emergenza.protezionecivile.gov.it/en/pagina-base/system-reception-and-assistance-ukrainian-population/>, abgerufen am 16.10.2023.

eingerrichtet, an denen sog. „Blue Dots“ des UNHCR, des UN-Flüchtlingswerkes und UNICEF die Flüchtlinge informierten, berieten und psychische Unterstützung boten.³² Die Europäische Asylagentur (EUAA) veröffentlichte im Mai 2022 eine Broschüre mit den wichtigsten Informationen rund um den temporären Schutz in Italien (Rechtliche Grundlagen, Verfahren, Rechte und Pflichten) sowie Adressen für weitergehende Informationen, wie z. B. zum Gesundheits- und Bildungssystem sowie zum Arbeitsmarkt.³³

Unterbringung

Grundsätzlich haben aus der Ukraine Geflüchtete Anspruch auf eine Unterbringung in

- a) Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylsuchende (Centri di Primo Soccorso e Assistenza, CPSA),
- b) Vorübergehenden Sammelunterkünften (Centri di Accoglienza Straordinari, CAS),
- c) Aufnahmeeinrichtungen im Rahmen des Empfangs- und Integrationssystems (Sistema di Accoglienza e Integrazione, SAI) sowie
- d) Privatunterkünften.³⁴

Zu Beginn der Kriegseignisse schätzte die italienische Regierung die benötigte Zahl der Unterkünfte auf 100.000. Die staatlichen UnterbringungsKapazitäten beliefen sich aber nur auf ca. 14.000. Die Regierung setzte auf ein System dezentraler Aufnahmeeinrichtungen im ganzen Land und übertrug die Verantwortung der Unterbringung teilweise auf die Gemeinden.³⁵ In der Folge wurden öffentliche Räumlichkeiten, wie COVID-19-Quarantänezentren, reaktiviert, Hotelkapazitäten und private Unterkünfte geprüft und sogar beschlagnahmte Mafia-Unterkünfte vorbereitet. Anfang September 2022 waren nach Angaben des Italienischen Zivilschutzes schon mehr als 150.000 Flüchtlinge aus der Ukraine eingereist. Die Mehrheit ist schließlich durch die Solidarität italienischer Bürgerinnen und Bürger und bereits in Italien lebender Ukrainerinnen und Ukrainer aufgenommen worden. Nur ca. 20 % der Flüchtlinge erhielten eine Unterkunft in staatlichen Einrichtungen oder über öffentliche Strukturen.³⁶

Finanzielle Unterstützung

Privat untergebrachte Geflüchtete erhielten in den ersten drei Monaten nach Beantragung eines vorübergehenden Schutzes monatlich 300 € pro Erwachsenen und 150 € pro Kind. Für staatlich untergebrachte Geflüchtete gab es ein monatliches Taschengeld i. H. v. 75 €. Das Geld konnte nur online über eine Plattform der Abteilung Zivilschutz des Ministeriums für Zivilschutz und Meerespolitik unter Angabe der

Steuernummer, einer Mobilfunknummer und einer E-Mail-Adresse beantragt werden und wurde den Antragstellenden persönlich durch die Postämter ausgezahlt.³⁷

Medizinische Versorgung

Bereits mit Erhalt der Empfangsbestätigung über den Antrag auf temporären Schutz und der parallel dazu vergebenen Steuernummer (codice fiscale) haben aus der Ukraine Geflüchtete Zugang zum italienischen Gesundheitssystem und können eine Krankenkarte (tessera sanitaria) beantragen. In einigen Regionen Italiens wurden spezielle Zentren zur medizinischen Erstversorgung für die Kriegsflüchtlinge eingerichtet, um dem gesetzlichen Erfordernis des medizinischen Erstscreensings innerhalb der ersten fünf Tage nach Einreise in das Land gerecht zu werden.³⁸

Zugang zum Arbeitsmarkt

Auch der Zugang zum Arbeitsmarkt ist bereits mit der Empfangsbestätigung und der Steuernummer gewährleistet. Allerdings scheitert das in der Praxis oft an der Anerkennung des Bildungs-, Studien- oder Berufsabschlusses. Deshalb und aus Mangel an medizinischem Personal hat die italienische Regierung bereits im März 2022 eine gesetzliche Regelung zur zeitweiligen Beschäftigung für ukrainische Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegekräfte eingeführt.³⁹ Damit wurden die Kriegsflüchtlinge EU-Bürgerinnen und -Bürgern gleichgestellt und können sofort in staatlichen oder privaten Sozial- und Gesundheitseinrichtungen arbeiten. Daneben hat das CIMEA (Academic Equivalence Mobility Information Centre) zur schnelleren Anerkennung von ukrainischen Abschlüssen auf seiner Homepage eine Sammlung ukrainischer Bildungsabschlüsse sowie Informationen über das höhere Bildungssystem in der Ukraine geschaltet.⁴⁰

Einblick

Zur Unterstützung entsendete die Europäische Asylagentur (EUAA) im Jahr 2022 insgesamt 277 Expertinnen und Experten nach Italien (Operating Plan Italy 2022-2024 von Mai 2022). Darunter waren 60 Mitarbeitende (MA) für die Aufnahme, 43 MA für die Recherche, 74 MA für die Unterstützung der zweiten Instanz im Asylbereich, 21 MA für die Registrierung von Asylsuchenden und weiteres Personal für Informationstechnik, Länderanalysen und Qualitätssicherung.

32 Vgl. <https://asylumineurope.org/reports/country/italy/overview-main-changes-previous-report-update/>, abgerufen am 16.10.2023.

33 Vgl. https://euaa.europa.eu/sites/default/files/2022-06/Booklet_Italy_EN_v1.pdf, abgerufen am 16.10.2023.

34 Vgl. AIDA (2022): Temporary Protection – Country Report Italy, S. 5.

35 Vgl. <https://www.protezionecivile.gov.it/en/normativa/ocdpc-n-881-del-29-marzo-2022/>, abgerufen am 16.10.2023.

36 Vgl. <https://www.infomigrants.net/en/post/43883/italy-only-20-ukrainian-refugees-receive-shelter-in-public-structures>, abgerufen am 16.10.2023.

37 Vgl. <https://www.provinz.bz.it/familie-soziales-gemeinschaft/soziale-notlagen/asylantragsteller-fluechtlinge/ukraine-hilfe.asp#:~:text=Erhalten%20Fl%C3%BChtlinge%20eine%20finanzielle%20Unterst%20Ctzung,150%20C00%20Euro%20monatlich%20zu,> abgerufen am 16.10.2023.

38 Vgl. <https://www.salute.gov.it/portale/assistenzaSanitaria/dettaglioContenutiAssistenzaSanitaria.jsp?lingua=italiano&id=5848&area=Assistenza%20sanitaria&menu=vuoto>, abgerufen am 16.10.2023.

39 Vgl. <https://www.gazzettaufficiale.it/eli/id/2022/03/21/22G00032/SG>, abgerufen am 15.10.2023.

40 Vgl. <https://www.cimea.it/EN/pagina-procedure-riconoscimento-titoli>, abgerufen am 16.10.2023.

Mehr Informationen zum Aufenthalt von aus der Ukraine Geflüchteten in Italien finden Sie auf der Homepage der Abteilung Zivilschutz des Ministeriums für Zivilschutz und Meerespolitik – auch auf Englisch: <https://emergenze.protezionecivile.gov.it/en/humanitarian/>.

Zu den aktuellen Herausforderungen Italiens in Bezug auf die Anlandung von Bootsflüchtlingen und den damit verbundenen Maßnahmen der jetzigen Regierung lesen Sie in der nächsten Ausgabe einen weiteren Beitrag in dieser Rubrik unter dem Titel „Regierung Meloni: Bilanz der einjährigen Amtszeit“.

Informationszentrum Asyl und Migration (IZAM)

Neuerwerbungen der Bibliothek

Baba, Ludger; Schmandt, Marco; Tielkes, Constantin; Weinhardt, Felix; Wilbert, Katrin: Evaluation der Wohnsitzregelung nach §12a AufenthG. – Stand: 08/2023. – Nürnberg: BAMF, 2023. – 1 Online-Ressource (247 Seiten). – ISBN 978-3-944674-38-4

Becker, Eugenie; Graf, Johannes; Heß, Barbara; Huber, Matthias: Entwicklung der Fachkräftemigration und Auswirkungen des beschleunigten Fachkräfteverfahrens: Begleitforschung zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz. – Stand: 03/2023. – Nürnberg: BAMF, 2023. – 1 Online-Ressource (145 Seiten). – ISBN 978-3-944674-33-9

Bruckmeier, Kerstin [u.a.]: Ukrainerinnen und Ukrainer in der Grundsicherung: Über ein Drittel der Erwerbsfähigen ist alleinerziehend. – Nürnberg: IAB, 2023. – 1 Online-Ressource

Graf, Johannes: Berichtsreihen zu Migration und Integration. – 1. Monitoring zur Bildungs- und Erwerbsmigration: Erteilung von Aufenthaltstiteln an Drittstaatsangehörige. – Stand: 06/2023. – Nürnberg: BAMF, 2023. – 1 Online-Ressource (40 Seiten). – ISBN 978-3-944674-35-3

Hinterberger, Kevin Fredy: Regularisations of irregularly staying migrants in the EU: a comparative legal analysis of Austria, Germany and Spain. – 1st edition 2023. – Baden-Baden: Nomos, 2023. – 1 Online-Ressource (398 Seiten). – ISBN 978-3-7489-1279-8

Jahrbuch des Migrationsrechts für die Bundesrepublik Deutschland 2022. – 1. Auflage. – 2023. – 458 Seiten. – ISBN 978-3-7560-0692-2

Jahrbuch für Migrationsrecht – 2022/2023. – Bern: Stämpfli Verlag, 2023. – XII, 662 Seiten. – ISBN 978-3-7272-5262-4

Klaus, Sebastian: § 4 a AufenthG: eine Norm mit vielen offenen Detailfragen. – 1 Online-Ressource (15 Seiten). – In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik: ZAR. – 43 (2023), Heft 3, Seite 284-298

Kolb, Holger: Vom Annex zum eigenständigen System: zur Aufwertung der Chancenkarte (§ 20a AufenthG) im Zuge der Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung. – Juli 2023. – Berlin: SVR, 2023. – 1 Online-Ressource (6 Seiten)

Kolb, Holger: Neue Risiken prekärer Beschäftigung: zu alten und neuen Instrumenten in der Erwerbsmigrationspolitik und was sie für den Arbeitnehmerschutz bedeuten. – September 2023. – Berlin: SVR, 2023. – 1 Online-Ressource (9 Seiten)

Migration control logics and strategies in Europe: a North-South comparison. – 1st edition 2023. – [Cham]: Springer, [2023]. – 1 Online-Ressource (xii, 340 Seiten). – ISBN 978-3-031-26002-5

Münch, Berthold: Die gesetzliche Klageänderung des § 77 Abs. 4 AsylG – eines der Experimente, die mehr Probleme schaffen als lösen. – 1 Online-Ressource (7 Seiten). – In: Informationsbrief Ausländerrecht: InfAuslR. – (2023), Heft 9, Seite 297-303

Pettersson, Paul: Kollektive Gefährdungslagen im Asylrecht: Dogmatik der Gefahrenprognose und Vereinheitlichung der Entscheidungspraxis durch Länderleitentscheidungen. – Tübingen: Mohr Siebeck, 2023. – XVIII, 239 Seiten. – Dissertation, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, 2023. – ISBN 978-3-16-162457-5

Providing temporary protection to displaced persons from Ukraine: a year in review. – March 2023. – Luxembourg: Publications Office of the European Union, [2023]. – 1 Online-Ressource (35 Seiten). – ISBN 978-92-9403-115-0

Querton, Christel: Conflict refugees: European Union law and practice. – Cambridge: Cambridge University Press, 2023. – xix, 164 Seiten. – ISBN 978-1-109-35939-9

Resettlement-, humanitäre Aufnahme- und Sponsorship-Programme. – Juni 2023. – Brüssel: EMN, 2023. – 1 Online-Ressource (22 Seiten)

Thym, Daniel: European Migration Law. – Oxford: Oxford University Press, 2023. – xlvii, 658 Seiten.

Impressum

ISSN 2940-7001

Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
90461 Nürnberg

Stand

10/2023

Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Bildnachweis


iStockphoto

Bestellmöglichkeit

Referat Informationsvermittlung/Länder- und Rechtsdokumentation,
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg
E-Mail: [e-brief\(at\)bamf.bund.de](mailto:e-brief(at)bamf.bund.de)
<https://milo.bamf.de>
Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen
unter: www.bamf.de/publikationen

Die Publikation wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Besuchen Sie uns auf

 www.facebook.com/bamf.socialmedia

 [@BAMF_Dialog](https://twitter.com/BAMF_Dialog)

www.bamf.de

